



17.4139

**Motion Wermuth Cédric.
Paradise Papers. Schwarze Liste
gegen nichtkooperative Steuergelände
autonom nachvollziehen**

**Motion Wermuth Cédric.
Paradise Papers.
Prise en compte autonome de la
liste noire des juridictions fiscales
non coopératives**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.19

Wermuth Cédric (S, AG): Wenn wir gerade bei der Frage der Transparenz sind, dann passt meine Motion 17.4139 bestens in dieses Bild. Ich brauche Ihnen die Vorgeschichte wahrlich nicht im Detail zu erklären. Die Paradise Papers und alle Leaks aus Steueroasen haben uns in den letzten Jahren aufgezeigt, in welchem gigantischen Ausmass global

AB 2019 N 1023 / BO 2019 N 1023

Steuersubstrat in diese Oasen – man sollte sie korrekterweise eher Wüsten nennen – verschoben wird. Es ist selbstverständlich schwierig, das Ausmass der Steuervermeidung, vor allem der Gewinnverkürzung, zu schätzen. Das Tax Justice Network geht von weltweit mindestens 250 Milliarden US-Dollar Verlusten an Steuereinnahmen aus. Gewisse Studien, beispielsweise von Zucman und anderen, schätzen, dass in den europäischen Staaten irgendwo zwischen 20 und 30 Prozent des gesamten Steuervolumens durch entsprechende Verschiebungen verlorengehen.

Die Europäische Union und andere internationale Organisationen haben auf diese Aufdeckungen reagiert und im Dezember 2017 die berühmten schwarzen und grauen Listen publiziert, um genau zu sein: zum ersten Mal am 5. Dezember 2017 mit 17 Staaten auf der schwarzen Liste und 47 Staaten auf der grauen Liste. Wir kennen diese Diskussion in der Schweiz bestens. Nach dem Stand von heute, im Mai 2019 – zumindest ist das mein neuster Stand, vielleicht weiss der Bundesrat da schon mehr –, sind noch 12 Staaten auf der schwarzen Liste, halt inklusive der Schweiz, die aufgrund des Abstimmungstermins noch auf der Liste war, und 36 Staaten auf der grauen Liste.

Was bezweckt die Europäische Union mit der Einführung dieser Listen? Es sind im Wesentlichen drei Elemente, die global als Voraussetzung für den internationalen Steuerwettbewerb eingeführt werden sollen. Das ist erstens die Transparenz nach den Prinzipien des Informationsaustausches, wie er heute bereits praktiziert wird. Wir haben darüber auch hier lang und breit diskutiert. Zweitens ist es ein Minimum an Fairness im Steuerwettbewerb, was die sogenannten "harmful practices" angeht, die Beps-Prinzipien oder eben eine nicht überzogene Gewinnverlagerung, die gewisse Staaten als ihr Erfolgsmodell ansehen. Drittens soll mit dem Prinzip "Besteuert wird dort, wo die Wirtschaftstätigkeit tatsächlich stattfindet" der Vermeidung künstlicher Strukturen zur Gewinnverschiebung Einhalt geboten werden.

Heute sind auf der schwarzen Liste wirklich – ich kann es Ihnen vorlesen – nur noch relativ kleine Staaten, deren Bedeutung im internationalen System aber nicht zu unterschätzen ist. Es sind Amerikanisch-Samoa, Belize, Dominica, Fidschi, Guam, die Marshallinseln, Oman, Samoa, Trinidad und Tobago, die Amerikanischen Jungferninseln, Vanuatu und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die Schweiz hat es in einer nicht ganz einfachen politischen Auseinandersetzung geschafft, ziemlich sicher von der grauen Liste gestrichen zu werden. Es würde ihr guttun, und das ist das Anliegen meiner Motion, sich nun auf die Seite jener zu schlagen, die sich dafür einsetzen, dass die Menschen in der Schweiz und in anderen





Ländern nicht länger dafür zur Kasse gebeten werden, dass sehr vermögende Personen oder Unternehmen zunehmend versuchen, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Das ist nämlich der Kern des Anliegens, um das es hier geht.

Wir haben die Vorlage zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung angenommen. Wir waren hier drin geteilter Meinung zum Inhalt, aber sicher ist: Die Schweiz hat damit diesen Schritt gemacht. Es würde unserem Land gut anstehen – und das ist der Vorschlag, den wir mit dieser Motion machen –, dass wir nun die gleichen Massnahmen, wie sie die EU gegenüber den Staaten auf der schwarzen Liste vornimmt, zumindest prüfen. Erstens würde das, wie gesagt, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes davor schützen, dass sie selber übermässig Steuern zahlen müssen, die eigentlich andere auch entrichten sollten. Zweitens haben wir als international ausgerichtetes Land jedes Interesse an einem "level playing field" globaler Natur, auch im internationalen Steuerwettbewerb. Drittens wäre es gerade im Steuerbereich sicher nicht schlecht, gegenüber der Europäischen Union Goodwill zu zeigen – Stichwort Rahmenabkommen. Wir haben bedeutende Auseinandersetzungen – zum Beispiel über den Lohnschutz für die Menschen, die in diesem Land arbeiten –, bei denen es uns gut anstehen würde, wenn wir eine kooperative Basis mit der Europäischen Union schaffen würden.

Ich bitte Sie in diesem Sinn, die Motion 17.4139 anzunehmen.

Maurer Ueli, Bundespräsident: Der Bundesrat ist gegen diese Motion. Einmal aus ganz grundsätzlichen Überlegungen: Wir bekämpfen diese Listen eigentlich überall, und wenn wir mal auf einer sind, versuchen wir wieder von ihr wegzukommen, weil wir der Meinung sind, dass Listen, die irgendwelche Sanktionen nach sich ziehen, eigentlich nicht in eine Welt gehören, die einen freien Wettbewerb kennt. Wir bekämpfen diese Listen aus grundsätzlichen Überlegungen, und wenn wir selbst auf einer Liste landen, dann versuchen wir wieder davon wegzukommen, aus den genannten Gründen. Dies spricht dagegen, dass wir einfach autonom Listen übernehmen und sie damit quasi legitimieren. Das ist die grundsätzliche Überlegung, die gegen die Annahme dieser Motion spricht.

In Bezug auf Steuergelände und Steuertransparenz stellen wir fest, dass wir internationale Standards befolgen. In diesem Bereich wurde eine wesentliche Verbesserung erzielt, und es werden weitere Ergebnisse folgen. Ich verweise auf den automatischen Informationsaustausch, auf den spontanen Informationsaustausch und auf das Country-by-Country-Reporting, das im Bereich der Unternehmensbesteuerung eine gewisse Transparenz schafft. Steuerwettbewerbe, Steuerwüsten, Steueroasen oder wie auch immer Sie sie bezeichnen, werden mit den bestehenden Regulierungen laufend abgebaut. Das ist eine allgemeine Tendenz. Sie macht es eigentlich unnötig, weitere Sanktionskriterien aufzunehmen.

Gegen die Motion im Speziellen spricht auch, dass sich Herr Wermuth auf die EU-Liste beruft. Die EU-Liste hat Kriterien im Bereich Transparenz, Steuergerechtigkeit oder Umsetzung von Anti-Beps-Massnahmen, die nicht den international anerkannten OECD-Kriterien entsprechen, zumindest nicht vollständig. Die Schweiz hat sich für einen multilateralen Einsatz entschieden, und wenn wir uns hier bewegen, dann machen wir das multilateral und übernehmen nicht entsprechende Massnahmen der EU. Das wäre auch ein weiteres Signal, dass wir uns von internationalen Standards abwenden und EU-Recht bzw. EU-Vorgaben übernehmen würden. Das entspricht nicht unserer Haltung. Auch aus diesem Grund ist diese Motion abzulehnen.

Wir sind nach wie vor der Meinung: Wenn schon, dann ist die OECD der internationale Rahmen, in dem internationale Spielregeln festgelegt werden. Wenn wir entsprechende Standards übernehmen, dann sind das internationale Standards und nicht Standards der EU. Die EU-Liste, die Herr Wermuth anspricht, hat auch nicht alle Länder abgedeckt. Man kann nicht gerade von Willkür sprechen, aber sie enthält eine gewisse Zufälligkeit. Auch hier besteht kein Grund, sich anzuschliessen. Dann müssen wir feststellen, dass wir dazu auch keine rechtliche Grundlage haben. Diese müsste zuerst geschaffen werden. Wir gehen nicht davon aus, dass wir hier eine Grundlage schaffen könnten, die eine Mehrheit fände.

Es gibt also zahlreiche Gründe dafür, diese Motion nicht anzunehmen. Dass wir für Steuertransparenz sind, haben wir mit den verschiedensten Massnahmen in den letzten Jahren bewiesen. Wir haben dem Parlament verschiedene Vorschriften und Gesetzesänderungen unterbreitet, und Sie haben diesen zugestimmt. Ich denke, das ist weiterhin der Weg, der in der Richtung, die Herr Wermuth einschlagen will, mehrheitsfähig ist und zu Steuergerechtigkeit und Steuertransparenz führt. Zusätzliche Massnahmen sind aus unserer Sicht nicht möglich und nicht notwendig.

La presidente (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Il Consiglio federale propone di respingere la mozione.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Sommersession 2019 • Siebente Sitzung • 12.06.19 • 08h00 • 17.4139
Conseil national • Session d'été 2019 • Septième séance • 12.06.19 • 08h00 • 17.4139



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.4139/18973)

Für Annahme der Motion ... 52 Stimmen

Dagegen ... 136 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2019 N 1024 / BO 2019 N 1024

